



Liebe Leserinnen und Leser,

der Senat hat in dieser Woche zwei für Bremen ebenso wichtige wie weitreichende Entscheidungen getroffen.

Als Reaktion auf die Ergebnisse der vor dreieinhalb Wochen veröffentlichten IQB Bildungsstudie hat der Senat am Dienstag einen Pakt für bessere Grundschulen beschlossen. Zusätzlich zu den bereits für die kommenden beiden Jahre vereinbarten massiven finanziellen Verstärkungen für den gesamten Bildungsbereich, werden wir noch einmal weitere vier Millionen Euro zur Verfügung stellen. Damit sollen sehr gezielt notwendige Unterstützungsmaßnahmen insbesondere an unseren Grundschulen mit besonderen Herausforderungen auf den Weg gebracht werden: für mehr Personal, mehr Unterricht und für eine Stärkung der Schulen, der Lehrerinnen und Pädagogen. Denn wir dürfen und wir werden uns nicht mit diesen schlechten Ergebnissen abfinden. Um für Bremen und Bremerhaven auch im Bildungsbereich das Beste zu erreichen, brauchen wir eine gemeinsame Kraftanstrengung, einen breiten politischen Konsens. In diesem Sinne hat sich auch die Bürgerschaft in dieser Woche parteiübergreifend mit gemeinsamen Anträgen auf den Weg gemacht.

Ebenfalls am Dienstag hat der Senat bekannt geben können, dass sich die Firma Nehlsen im Vergabeverfahren zur Abfalllogistik durchgesetzt hat. Damit ist nun klar, dass die angestrebte Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft wie geplant umgesetzt werden kann. Die Stadtgemeinde Bremen wird sich künftig gemeinsam mit dem bisherigen Entsorgungsunternehmen um die Abfalllogistik kümmern. Mit dieser Entscheidung erhält die Stadt mehr Einfluss und dies soll vor allem sicherstellen, dass die Bremerinnen und Bremer auch weiterhin auf eine zuverlässige Müllabfuhr mit stabilen Gebühren vertrauen können und die Beschäftigten zugleich eine faire Tarifbezahlung erhalten. Nach einer Wartefrist von zehn Tagen ist der Zuschlag dann endgültig rechtskräftig.

Am Mittwoch schließlich durfte ich die 20. Nacht der Jugend eröffnen. Wieder einmal konnten wir hunderte, vor allem junge Menschen, im Rathaus begrüßen. Diese Veranstaltung gehört für mich zu den eindeutigen Höhepunkten des Jahres - es war wie immer ein sehr beeindruckender Abend, vor allem aber ein Abend der Erinnerung an die schreckliche Pogromnacht 1938 und damit eine eindringliche Mahnung gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus. Die Nacht der Jugend wurde von vielen großartigen Menschen organisiert, bei denen ich mich sehr herzlich für ihr Engagement bedanke!

Mit besten Grüßen

Ihr Bürgermeister Carsten Sieling

Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen



In dieser Ausgabe

- Nacht der Jugend.....2
- Ausblick auf kommende Termine.....3
- Pakt zur Verbesserung der Bildungsqualität.....4
- Nehlsen setzt sich im Vergabeverfahren zur Abfalllogistik durch.....6
- „Antrittsbesuch der neuen Landesfrauenbeauftragten.....7
- Neustädter Hafen ist unverzichtbar für die bremischen Wirtschaft.....8
- Fahrrad-Tour „Make Climate Great Again“ stoppt in Bremen.....10
- Zuwanderung und Arbeitsmarkt - Spitzentreffen im Rathaus.....11
- Jugendwohngemeinschaft „Sonnenhaus“ eingeweiht.....12
- Bildnachweis und Impressum.....13

20. Nacht der Jugend - Zeichen gegen Diskriminierung und für ein friedliches Miteinander

1000 Besucherinnen und Besucher setzen Zeichen für ein friedliches Zusammenleben

08.11.2017

Junge Gesichter, Informationen, Diskussionen und Musik, – dafür steht die "Nacht der Jugend". Und die fand nun bereits zum 20. Mal im Bremer Rathaus statt. Die traditionelle Veranstaltung erinnert an die Verbrechen der NS-Diktatur und die Reichspogromnacht vom 9. November 1938. Jährlich fungiert die "Nacht der Jugend" als Gegenpol zu Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Die zentrale Botschaft: Jeder Mensch ist wertvoll und besitzt eine unantastbare Würde.

Bürgermeister Carsten Sieling eröffnete die Veranstaltung am 8. November 2017 in der Oberen Rathauhalle gemeinsam mit dem diesjährigen Ehrengast Dan Goren.

Sieling: "Zum 20. Mal findet nun die Nacht der Jugend statt. Das ist ein ganz besonderes Jubiläum. Die Art und Weise, wie hier an die Verbrechen der Nazizeit erinnert und gleichzeitig für eine menschenfreundliche Gegenwart gekämpft wird, ist einzigartig. Allen, die sich für die Nacht der Jugend das ganze Jahr über engagieren, danke ich von ganzem Herzen." Der diesjährige Ehrengast aus Haifa (Israel), Dan Goren (92), geboren in Deutschland, hat die Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 erlebt und überlebt. Den jungen Zuhörenden berichtete er von seinen Eindrücken, sprach von "der brennenden Synagoge" und seiner Familiengeschichte.

Dan Goren: "Es ist für mich ein sehr schlimmes Ereignis, eine Erinnerung, die mich wahrscheinlich bis zum Ende meines Lebens begleiten wird." Goren weiter: "Für die heutige Zeit wünsche ich mir, dass sich die Menschen freundlich begegnen und sich so schlimme



Ereignisse wie in der NS-Zeit niemals wiederholen."

Im Verlauf des Abends gab es viel zu sehen, zu hören und zu erleben. So zum Beispiel den deutsch-türkischen Kabarettisten und Cartoonisten Muhsin Omurca mit seinem Programm. Für beeindruckende Musik mit wichtigen Inhalten sorgten auf der Bühne in der Oberen Rathauhalle auch der Chor und das Orchester des Ökumenischen Gymnasiums, der Rapper Stunnah und die junge Funkrock-Band Shelter. Und unter dem Motto "Wir sprechen darüber" sprachen im Senatssaal Kinder von Überlebenden des nationalsozialistischen

Völkermordes an den Sinti und Roma über ihr Leben mit dem schweren Erbe. Im Kaminsaal fand die große Diskussion unter dem Veranstaltungsmotto "Wann, wenn nicht jetzt" statt, an der neben Bürgermeister Carsten Sieling auch Irmela Mensah-Schramm teilnahm, sie kratzt seit vielen Jahren Neonazi-Aufkleber ab und übersprüht rechte Graffiti. In den Fluren gab es an diversen Infoständen – beispielsweise von Fluchtraum Bremen e.V., der Stadtbibliothek und dem Bremer Jugendring – Einblicke in deren wichtige Arbeit.

Ausblick auf kommende Termine

- ✦ 11.11.2017 Deutsche Meisterschaft Formationen Standard und Latein
- ✦ 16.11.2017 Absolventenverabschiedung – FB Wirtschaftswissenschaft
- ✦ 21.11.2017 Beirat Innovative Verwaltungsentwicklung

Weitere Termine unter rathaus.bremen.de/buergermeister/termine

Rund 400 Jugendliche hatten die Veranstaltung das ganze Jahr über vorbereitet und konnten auch in dieser Ausgabe mit einem vielfältigen Programm wieder zahlreiche interessierte Besucherinnen und Besucher in die Räume des Rathauses locken. Alle, die

mitmachen, unterstützen die Werte der Veranstaltung: Respekt, Anerkennung, Verantwortung, Freiheit, Solidarität und Demokratie. Das diesjährige Motto lautete: "Wann, wenn nicht jetzt?" - es stammt vom Autor Primo Levi, der das Konzentrationslager Auschwitz überlebte und einem seiner Bücher diesen Titel gab.



Hintergrund – Reichspogromnacht

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden in ganz Deutschland Synagogen und jüdische Geschäfte angezündet, Wohnungen demoliert und Menschen jüdischen Glaubens von den Nazis misshandelt, in Konzentrationslager verschleppt, verfolgt und ermordet. Die Reichspogromnacht war ein Wendepunkt, von der Diskriminierung und Ausgrenzung der deutschen Juden seit 1933 hin zu einer systematischen Verfolgung, die im grausamsten Völkermord der Geschichte gipfelte.



Pakt zur Verbesserung der Bildungsqualität

Senatorin Bogedan legt erweitertes Maßnahmenpaket vor

08.11.2017

Die Bildungsqualität in Bremen und Bremerhaven muss besser werden. Konsequenzen aus dem Bildungstrend müssen sichtbar sein und beschlossene Maßnahmen spürbar werden. Ziel sei es unter anderem, dass wieder alle Bremer und Bremerhavener Kinder am Ende der 4. Klasse Lesen, Rechnen und Schreiben können. "Dabei müssen wir uns an die eigene Nase fassen und das Handeln der Bildungsverwaltung, der Lehrkräfte vor Ort und auch der Ausbilderinnen und Ausbilder am Landesinstitut für Schule und an der Universität verändern, um dieses Ziel zu erreichen. Es ist wichtig, das Zusammenspiel der Akteure – beispielsweise Schulaufsicht und Schulleiter – verbindlicher zu gestalten und Fördermaßnahmen besser auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen abzustimmen", sagt Dr. Claudia Bogedan. Die Senatorin für Kinder und Bildung legte vor dem Hintergrund des jüngsten IQB-Bildungstrends für Grundschulen ein umfangreiches Maßnahmenpaket "Pakt zur Verbesserung der Bildungsqualität" vor, das sich auf drei Säulen stützt.

1. Verbindlichkeit im Handeln schaffen – von der Verwaltung bis ins Klassenzimmer

Schulleiter und Schulaufsicht entwickeln gemeinsam verbindliche Zielperspektiven und die Entwicklungsschritte der Schulen. Für Oberschulen läuft dieser Prozess bereits seit einem Jahr, für Grundschulen wird er Anfang kommenden Jahres gestartet. Ziel ist es, die Verbindlichkeit in der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Schulen und Behörden zu erhöhen, aber auch die Eigenverantwortung der Schulen in einem klar gesteckten Rahmen zu stärken. Um ein übergreifendes aber auch schulscharfes

Monitoring- und datenbasiertes Unterstützungssystem installieren zu können, wird ein unabhängiges Institut für Qualitätsentwicklung aufgebaut. Dies passiert vor allem durch Bündelung vorhandener Ressourcen. Es soll als Dienstleister für Schulen und Schulaufsicht dienen. Das Institut wird beispielsweise mit den vorhandenen Daten aus den VERA3-Tests und den im Schuljahr 2018/19 neu einzuführender Lernausgangslagenuntersuchungen in Klasse 2 und 5 schul- und klassenscharf Analysen und Interpretationen direkt für Lehrkräfte liefern.



2. Mehr Lernzeit und stabile Lernsituationen

Für Grundschulen wird optional eine Lernzeitverlängerung ermöglicht. Die Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) wird daher bis Ende des Schuljahres 2017/2018 einen Vorschlag vorlegen, wie für Kinder mit entsprechendem Bedarf z.B. durch jahrgangübergreifendes Lernen und durch eine Flexibilisierung der Grundschulzeit (bspw. fünf statt vier Jahre) die Erfüllung des Regelstandards gewährleistet werden kann. Jedes Kind soll die Grundschule erst verlassen, wenn es fit für die weiterführende Schule ist.

In 15 Bremer und 4 Bremerhavener Grundschulen, die sich in besonders schwieriger Lage befinden (hohe Integrationsleistung, Inklusionsaufgaben, Sozialindikator), werden

die Mathematikförderung gestärkt (pro Schüler eine Wochenstunde zusätzlich) und Lerngruppen/Stabilisierungsklassen für Kinder mit Lernschwierigkeiten geschaffen. Der dadurch entstehende Fachkräftebedarf wird durch jeweils zwei ReferendarInnen pro Schule gedeckt. Die Ausbildungskapazitäten am LIS werden deshalb auf 588 Plätze und die Zahl der Ausbilder um vier weiter erhöht. In den neu geschaffenen Lerngruppen werden Sonder- und SozialpädagogInnen eingesetzt. In der Stadtgemeinde Bremen werden zur weiteren Personalverstärkung an diesen Schulen pensionierte Lehrkräfte mobilisiert.

3. Neue Ressourcenausstattung – Ungleiches kann nicht gleich behandelt werden

Die Herausforderungen in allen Bremer Schulen sind groß und die Verbesserung des Bildungserfolgs der Schülerinnen und Schüler ist eine Aufgabe des gesamten Bildungssystems. Trotzdem gibt es Schulen, deren soziale Rahmenbedingungen schlechter sind und bei denen ein erfolgreiches Lernen aufwändiger zu erreichen ist. Diese Schulen benötigen mehr Unterstützung, damit sie spezifische Förderangebote machen können. Dies bedeutet, dass die Zuweisung der Ressourcen nicht gleichmäßig über alle Schulen erfolgen kann, sondern dass ungleiche Ausgangslagen und schwierigere Lernbedingungen in besonderer Weise berücksichtigt werden müssen. Dafür ist nicht nur der Sozialindikator ausschlaggebend, sondern auch, ob eine Schule eine hohe Integrationsleistung aufgrund vieler Zuwanderer erbringt und einen überproportionalen Anstieg der Inklusionsquote zu verzeichnen hat. Auf Basis dieser drei Indikatoren wird ein Schulranking ermittelt, das dann Grundlage einer proportional ausgestalteten Mittelzuweisung ist. Dies sorgt für ein höheres Maß an sozialer Gerechtigkeit bei der Verteilung der Mittel und gewährleistet, dass Schulen in besonderen Situationen auch

besonders ausgestattet werden.

Für dieses Maßnahmenpaket werden Finanzmittel von zusätzlich rund vier Millionen Euro veranschlagt, die bisher noch nicht im Haushalt vorgesehen sind. Eingebettet ist das zusätzliche Paket in die von der Senatorin bereits im September vorgelegte Qualitätsoffensive (siehe Deputationsvorlage unter <https://www.bildung.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen117.c.185185.de>)

Hintergrund:

Bereits bei der Haushaltsaufstellung für 2018/19 hatte der Senat die Haushaltsmittel für den Bildungsbereich deutlich erhöht. Die geplante Steigerung des Haushalts beträgt für 2018 von 122,1 Millionen Euro und in 2019 um 151,1 Millionen Euro im Vergleich zu 2017. Innerhalb dieser Steigerung wurden bereits drei Schwerpunktbereiche beschlossen: Verstärkung der Sprachförderung, mehr Unterstützung für die Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und die Unterstützung von Schulen und Kindergärten mit besonderen Belastungen. Damit diese Bereiche fruchten, ist viertens die Fachkräftegewinnung verstärkt worden.

Im Einzelnen werden folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Schulen in besonders herausfordernden Lagen unterstützen wir in ihrer pädagogischen Arbeit (20 zusätzliche Stellen, damit Lehrkräfte an diesen Schulen mehr Zeit für die Planung des Unterrichts und für kollegiale Absprachen haben)
- Schulen mit übervollen Klassen geben wir eine pädagogische Unterstützung (Ressourcen im Umfang von 15 Stellen, um mit Doppelbesetzungen oder speziellen Förderprogrammen arbeiten zu können).

- Inklusive Schulen entlasten wir bei der Umsetzung der Inklusion (20 weitere Stellen, damit die ReBUZ und ZuP die Schulen noch besser beraten und unterstützen können sowie sechs Stellen, damit die Grundschulen bei der aufwändigen Diagnostik entlastet werden).
- Schulen unterstützen wir bei der Förderung Leistungsstarker (vier zusätzliche Stellen, damit Lehrkräfte besondere Konzepte und Materialien entwickeln und erproben und die gute Praxis an den Schulen verbreiten können).
- Schulen entlasten wir bei sozialpolitischen Aufgaben (11 weitere Stellen für Schulsozialarbeit, die Kinder und Jugendliche in schwierigen Lagen stabilisieren und so die Grundlage für das Lernen schaffen).
- Wir bringen mehr Personal an Schulen (zusätzliche Ressourcen für eine systematische Qualifizierung von Quereinsteigern).
- Wir verstärken die Elternbildung (Über neue Formate in der Weiterbildung werden z.B. Eltern von Zugewanderten beraten, damit sie das Lernen ihrer Kinder unterstützen).

Weitere Verstärkungsmaßnahmen werden in den Bereichen der frühkindlichen Bildung zur Sprachförderung und Unterstützung von Kindern mit sonderpädagogischen Förderbedarfen vorgenommen.

Im Download:

Die Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft vom 7.11.2017 zum [PDF-Download \(pdf, 175.4 KB\)](#)

Nehlsen setzt sich im Vergabeverfahren zur Abfalllogistik durch

07.11.2017

Der Senat hat heute (den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gebeten, alle Maßnahmen einzuleiten, um der Firma Nehlsen GmbH & Co. KG den Zuschlag für die Abfalllogistikleistungen in der Stadtgemeinde Bremen in Verbindung mit einer Beteiligung von 50,1 Prozent an der Abfalllogistik Bremen

Holding GmbH & Co. KG zu erteilen. Die restlichen 49,9 Prozent werden von der bremischen Anstalt öffentlichen Rechts "Die Bremer Stadtreinigung" gehalten werden. Das Unternehmen Nehlsen GmbH & Co. KG hat sich in einem offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Vergabeverfahren durchgesetzt. Der endgültige Zuschlag kann erst nach einer Wartefrist von zehn Tagen erteilt werden.

"Wir können bei dem Ergebnis davon ausgehen, dass die Leistungserbringung für die Abfalllogistik etwa auf dem heutigen Kostenniveau erbracht wird", freut sich Umweltstaatsrat Ronny Meyer. In dem europaweiten Wettbewerb ist Nehlsen GmbH & Co. KG als das Unternehmen mit dem wirtschaftlichsten Angebot hervorgegangen.



Die Bewertung erfolgte nach zuvor bestimmten quantitativen und qualitativen Kriterien, deren Gewichtung den Bietern zuvor mitgeteilt wurde. Es ist gelungen, die vom Senat gesteckten Ziele mit der Zuschlagerteilung zu gewährleisten:

- Das Lohnniveau in der Beteiligungsgesellschaft ist mit dem des TVöD vergleichbar.
- Ökologische Ziele werden erreicht, weil ab dem 1.1.2019 ausschließlich Fahrzeuge eingesetzt werden, die die Euro-Norm 6 erfüllen.
- Der erste Schritt in Richtung Rekommunalisierung wird mit der 49,9-prozentigen Beteiligung und der Teilhabe an der Geschäftsführung der Abfalllogistik Bremen Holding GmbH & Co. KG durch die kommunale Anstalt "Die Bremer Stadtreinigung" eingeleitet.
- Eine vollständige Rekommunalisierung nach zehn Jahren wird ermöglicht.
- Während der Vertragslaufzeit von zehn Jahren wird "Die Bremer Stadtreinigung" Know-how im Bereich der Abfalllogistik aufbauen können.

- "Die Bremer Stadtreinigung" ist an dem Gewinn der Abfalllogistik Bremen Holding GmbH & Co. KG beteiligt. Dieser fließt dem Abfallgebührenhaushalt zu.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ENO GmbH & Co. KG werden in die Aufgabenwahrnehmung eingebunden.

Das Vergabeverfahren war geprägt von einem intensiven Wettbewerb verschiedener Unternehmen und im Rahmen des Verhandlungsverfahrens wurde so für die Bremerinnen und Bremer ein sehr gutes Ergebnis erzielt. "Es konnte damit ein guter Marktpreis für die Leistung erzielt werden", so Staatsrat Meyer.

Der neue Vertrag beginnt am 1. Juli 2018.

Die Verträge zur Sammlung und zum Transport von Rest-, Bio- und Papierbehältern mit den Unternehmen Nehlsen GmbH & Co. KG (Bremen-Nord) und der heutigen ENO GmbH & Co. KG (südl. der Lesum) sowie der Vertrag zur Straßenreinigung/Winterdienst südlich der Lesum mit der ENO GmbH & Co. KG laufen zum 30.06.2018 aus und können nicht verlängert werden. Daher waren europaweite Ausschreibungsverfahren erforderlich geworden. Das Verfahren in der Straßenreinigung ist noch nicht abgeschlossen.

Antrittsbesuch der neuen Landesfrauenbeauftragten

07.11.2017

Bürgermeister Carsten Sieling hat heute Bremens neue Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm zum Antrittsbesuch im Rathaus empfangen. In ihrem Kennlerngespräch ging es unter anderem um die Themen Beschäftigungssituation von Frauen in Bremen, die Unterstützungsbedarfe Alleinerziehender sowie die politische Repräsentanz von Frauen. Bettina Wilhelm hat

ihr Amt am 1. November angetreten.

"Ich freue mich, dass wir mit Bettina Wilhelm eine starke und engagierte Persönlichkeit als neue Landesfrauenbeauftragte für Bremen gewinnen konnten. Mit ihrer Erfahrung und ihrem Blick von außen wird sie eine wichtige Ansprechpartnerin für den Senat sein und eigene Akzente in die frauen- und familienpolitischen Themen einbringen", sagte Bremens Bürgermeister Carsten Sieling nach seinem Gespräch mit Bettina Wilhelm.

"Ich danke Bürgermeister Sieling für den sehr freundlichen Empfang und das konstruktive Gespräch", so Bettina Wilhelm im Anschluss. "Insbesondere ging es uns um die Situation von Frauen am Bremer Arbeitsmarkt und von Alleinerziehenden. Zwar profitieren Frauen auch von dem anhaltenden Beschäftigungszuwachs, allerdings müssen wir hier genau hinsehen: Dies gilt vor allem für Teilzeit- und Minijobs, die allein nicht existenzsichernd sind."



Bremens neue Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm und Bürgermeister Carsten Sieling | © Senatspressestelle

Sie werde sich für verbesserte Zugänge für Frauen in Technologiebranchen wie Windkraft, Luft- und Raumfahrt sowie Logistik einsetzen, kündigte Wilhelm an. Bei den

Alleinerziehenden, so die Landesfrauenbeauftragte weiter, "muss uns die steigende Arbeitslosigkeit Sorgen machen. Alleinerziehende in Bremen haben ein hohes Armutsrisiko – hier muss dringend gegengesteuert werden." Auch der gesunkene Anteil von Frauen in der Bremischen Bürgerschaft, der einem bundesweiten Trend stagnierender bis sinkender Repräsentanz von Frauen in Parlamenten entspricht, war Gesprächsstoff zwischen Bürgermeister und Landesfrauenbeauftragter.

Wilhelm: "Wir haben kurz über die Besonderheiten des Wahlrechts und die Konsequenzen für Frauen gesprochen und sind uns einig, dass ein Frauenanteil im Parlament, der die Bevölkerungsverhältnisse nicht widerspiegelt, in niemandes Sinne sein kann."

Abschließend erklärte die Landesfrauenbeauftragte: "Unser Gespräch hat in meinen Augen große Übereinstimmungen in Problemanalysen und -angängen ergeben. Es gibt viel zu tun, und ich freue mich sehr auf die weitere Zusammenarbeit mit dem Senat und Bürgermeister Sieling."

Neustädter Hafen unverzichtbar für die bremische Wirtschaft

06.11.2017

"Unsere Häfen sind die zentrale Lebensader der bremischen Wirtschaft, sie sind wichtige Voraussetzung und gleichzeitig Garant für eine weiterhin gute Entwicklung des Logistikstandortes. Der jüngste Vorschlag der CDU verkennt nicht die Bedeutung des

Neustädter Hafens für die bremische Wirtschaft, er legt gleichzeitig die Axt an einen zentralen Pfeiler unseres Bundeslandes. Diese 'Zukunftsvision' bedroht die Existenz zahlreicher Unternehmen der Hafenwirtschaft und wird die Vernichtung vieler hundert Arbeitsplätze zur Folge haben. Das wird es mit mir nicht geben."



Der Neustädter Hafen | © bremenports GmbH & Co. KG

Für eine gute Zukunft des Bundeslandes als Standort weltweit agierender Häfen- und Logistikunternehmen und mit Blick auf die Schaffung neuer zukunftsfähiger Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven kommt gerade der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen und der Logistikinfrastrukturen eine besondere Bedeutung zu. Dies ist deshalb auch eines der zentralen Handlungsfelder, das in der vom Senat eingesetzten

Mit diesen Worten kommentiert Bürgermeister Dr. Carsten Sieling den Vorstoß der Bremer CDU, den Neustädter Hafen als Hafen- und Gewerbestandort stillzulegen.

Zukunftskommission im Mittelpunkt der Beratungen steht.

Fahrrad-Tour „Make Climate Great Again“ stoppt in Bremen

Bürgermeister Dr. Carsten Sieling versendet Klimabotschaft und verabschiedet Klimahaus-Geschäftsführer Arne Dunker zur Klimakonferenz in Bonn

02.11.2017

Die erste Etappe ist geschafft: Auf seinem Weg zur Weltklimakonferenz kam der Geschäftsführer des Klimahauses, Arne Dunker, heute in Bremen an. Dort begrüßte ihn Bürgermeister Dr. Carsten Sieling am Bremer Rathaus. Im Gepäck hat Dunker über 1.000 Klimabotschaften, die die Besucher der Wissens- und Erlebniswelt auf Postkarten festgehalten haben. Heute kam eine weitere Botschaft hinzu, Bürgermeister Carsten Sieling: "Alle müssen sich den Folgen des Klimawandels stellen, denn der Klimaschutz ist eine globale wie nationale Aufgabe. Wir

brauchen einen nachhaltigeren Umgang mit unseren Ressourcen. Dazu sind vor allem auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Energiewende dringend notwendig."

Damit die Klimabotschaften auch dort ankommen, wo sie hinsollen, hat Arne Dunker sich gestern vom Klimahaus aus auf den Weg zur Weltklimakonferenz gemacht. Die 470 Kilometer von Bremerhaven nach Bonn legt er natürlich klimafreundlich zurück: mit dem Fahrrad. In Bonn angekommen wird er die Botschaften persönlich an das Sekretariat der Klima-Rahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) übergeben. „Unsere Besucher haben eine klare Botschaft: Es muss endlich etwas getan werden, denn Klimawandel passiert jetzt. Damit auch unsere Kinder und Enkel ein Auskommen auf diesem Planeten haben, braucht es klare Klimaschutzmaßnahmen“, erklärt Arne Dunker.



Das Klimahaus Bremerhaven ist außerdem ein offizielles "Sideevent" für die diesjährige Weltklimakonferenz. Das bedeutet, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der ganzen Welt an zwei Terminen eingeladen sind, das Klimahaus zu besuchen.

Bürgermeister Carsten Sieling (l.) übergibt Arne Dunker seine Klimabotschaft
| © Senatspressestelle

„Wir freuen uns, dass so viele Leute sich an der Aktion beteiligt haben. Das zeigt uns auch, dass wir mit dem Klimahaus viele Menschen bewegen.“ Auf seinem Weg nach Bonn wird Arne Dunker, der zugleich Vorstand der Deutschen KlimaStiftung ist, mehrere Zwischenstopps einlegen und weitere Klimabotschaften einsammeln. Unter anderem trifft er Ulrich Walter von Lebensbaum in Diepholz sowie Heinz Ahlbrink und Peter Obermeyer vom Vorstand des Teutoburger Energie Netzwerk eG (TEN). Die Übergabe an einen Vertreter des UNFCCC ist für den 06. November geplant.

Auf der Weltklimakonferenz in Bonn ein Zeichen setzen

Arne Dunker fährt nicht nur als Geschäftsführer des Klimahauses nach Bonn, sondern auch als Vorstand der Deutschen Klimastiftung (DKS). Die DKS ist vom 3. bis zum 8. November ebenfalls auf dem People's Climate Summit vertreten, der im Vorfeld der Klimakonferenz in Bonn stattfindet. Mit der Wanderausstellung "Klimaflucht" und zwei Workshops am 6. und 7. November will die DKS den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration veranschaulichen. Diese wichtige Thematik wird im Rahmen der COP bei einem Fachgespräch am 16. November in Berlin nochmals vertieft.

Das Klimahaus Bremerhaven 8° Ost wird von nahezu 100 Prozent der Besucher weiterempfohlen und zählt zu den meistbesuchten Wissens- und Erlebniswelten Deutschlands. Die Reise um die Erde – immer entlang des achten Längengrades – führt über fünf Kontinente an neun unterschiedliche Orte und ist in dieser Form weltweit einzigartig. Hier spüren die Besucher nicht nur die Temperaturen und Klimaverhältnisse von Wüsten, tropischen Regenwäldern und der Antarktis, sondern treffen auch auf große Aquarien mit See- und Süßwasserfischen oder Reptilien wie Schlangen und seltene Echsen. Mit seiner geschwungenen Glasfassade gilt das Gebäude als neues Wahrzeichen Bremerhavens und ist zugleich eines der architektonisch spannendsten Bauwerke Europas. Ausgezeichnet vom UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung als Lernort der höchsten Kategorie, macht das Klimahaus die Themen Klima und Klimawandel für jede Altersklasse begreifbar. Bob Geldof nennt das Klimahaus Bremerhaven "Einen Liebesbrief an den Planeten".

www.klimahaus-bremerhaven.de

Zuwanderung und Arbeitsmarkt - Spitzentreffen im Rathaus

01.11.2017

Was müssen der Bund und das Land Bremen tun, damit Geflüchtete in Arbeit kommen? Diese Frage diskutierten auf der Veranstaltung "Zuwanderung und Arbeitsmarkt" am heutigen 1. November 150 arbeitsmarkt- und integrationspolitische Akteure in der Oberen Halle des Bremer Rathauses. Auf der insgesamt dreistündigen Veranstaltung wurden nach der Begrüßung durch Bürgermeister Dr. Carsten Sieling und Martin Günthner, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Fachvorträge von Vertreterinnen und Vertretern des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der Bundesagentur für Arbeit gehalten. Anschließend kamen die Bremer Akteure zu Wort, sie richteten Forderungen an den Bund und an das Land Bremen.

Kompetenzermittlung, Ausbildung, Beschäftigung und Sprachförderung

Die Forderungen wurden im Vorfeld der Veranstaltung in vier Arbeitsgruppen erarbeitet. Durch alle Arbeitsgruppen zog sich die Forderung nach Rechtssicherheit. Eine unsichere Bleibeperspektive hemme Lernfortschritte, wodurch die Arbeitsmarktintegration erschwert werde. Im Bereich der Kompetenzermittlung waren sich alle Beteiligten sicher, dass das qualitative Angebot im Land Bremen voll ausreiche. Jedoch brauche es eine quantitative Ausweitung der bestehenden Kompetenzermittlungsverfahren. Mehr Angebote müssten laut den Teilnehmenden im Bereich der Ausbildung geschaffen werden. Damit junge Geflüchtete alle

Unterstützungsangebote bei der Absolvierung der Ausbildung in Anspruch nehmen können, wurde gefordert, dass sie künftig nicht mehr eine Duldung, sondern einen Aufenthaltstitel erhalten. Zudem sei wichtig, dass die Länder eigenständig entscheiden könnten, welche ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen den Status erhalten. Im Land Bremen solle künftig für diejenigen ein Angebot geschaffen werden, die die Schule verlassen haben, aber noch nicht fit für eine Ausbildung seien. Im Bereich der Beschäftigung fordern die Akteure unter



Rund einhundertfünfzig Arbeitsmarktexpertinnen und -experten konnten Bürgermeister Sieling (am Pult) und Senator Günthner in der Oberen Rathauhalle in Bremen begrüßen | © Senatspressestelle

anderem eine koordinierende Stelle, die betriebsübergreifend in die passenden Angebote lotst und Betriebe und Geflüchtete im Integrationsprozess begleitet und berät. Bezüglich der berufsbezogenen Sprachförderung wurde gefordert, dass der Bund seine Möglichkeiten in Gänze ausschöpfe, um flächendeckend Sprachförderung anzubieten, jedoch das Land Bremen die Lücken weiterhin mit Landesmitteln fülle.

"Wir haben schon viel geschafft – aber es ist noch viel zu tun"

"Die Veranstaltung hat sehr deutlich gezeigt, dass wir in Bremen vor allem durch die gute Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure schon viel geschafft haben. Wir müssen diese positiven Erfahrungen nutzen, um gemeinsam an Lösungen auf Landes- und Bundesebene weiterzuarbeiten. Die Verbesserung von Arbeitsmarktzugängen ist die zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Hier erwarte ich insbesondere von der neuen Bundesregierung, die Länder und Kommunen bei ihren Anstrengungen finanziell noch stärker zu unterstützen und darüber hinaus, wie mit den Regierungschefinnen und Regierungschef der Länder vereinbart, möglichst rasch ein Konzept zur Integration von Geduldeten und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt vorzulegen", so Bürgermeister Dr. Carsten Sieling.

"Dass noch dicke Bretter zu bohren sind, war uns von Anfang an bewusst – aber es lohnt sich", resümierte auch Arbeitssenator Martin Günthner nach der Veranstaltung. "Ich weiß, dass die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt ein langer Weg ist. Damit sie dauerhaft Teil des Arbeitsmarktes und damit auch Teil dieser Gesellschaft werden können, müssen wir alle weiter daran arbeiten, das System aus sprachlicher und beruflicher Integration noch besser zu verzahnen", so Günthner. "Ich bin mir sicher, dass wir alle jetzt schon – und in Zukunft noch mehr – davon profitieren. Hoffnungsvoll stimmt mich zum Beispiel, dass im Bereich der Sprachförderung bereits so viel passiert ist. Sowohl auf Bundes- und Landesebene sind viele effektive Angebote geschaffen worden. Und auf diesem Pfad wollen wir weiterhin gehen."

Jugendwohngemeinschaft „Sonnenhaus eingeweiht

01.11.2017

Bürgermeister Sieling besuchte am Montag (30.10.2017) das „Sonnenhaus“ im Buntentorsteinweg, eine Einrichtung der stationären Jugendhilfe für unbegleitete, minderjährige und männliche Jugendliche mit Fluchterfahrung, die seit zwei Jahren besteht und über 17 Plätze verfügt. Die Jugendlichen werden in der Einrichtung von Sozialpädagoginnen, Psychologinnen und Erzieherinnen fachlich betreut.



Gruppenbild mit Bürgermeister

Nach einem Pressegespräch über Zuwanderung und Flüchtlingsintegration weihte Bürgermeister Dr. Sieling gemeinsam

mit Wilhelm Schmidt, Präsidiumsvorsitzender des AWO-Bundesverbandes, sowie den Vertreterinnen der AWO Bremen, Präsidentin Eva-Maria Lemke-Schulte,

Fachbereichsleiterin Sandra Grohnert, Einrichtungsleiterin Pamela Schneider, Leiterin der Stabstelle für Öffentlichkeitsarbeit Silke Ulrich, und anderen geladenen Gästen die „Jugendwohngemeinschaft“ ein, eine Erweiterung des bestehenden AWO-Sonnenhauses. Die neue Einrichtung, kurz „JWG Buntentor“, bietet 13 Plätze für minderjährige und junge volljährige Geflüchtete, die damit einen sicheren und gewaltfreien Lebens- und Entwicklungsraum erhalten.

In seinem Grußwort lobte Bürgermeister Dr. Sieling u. a. das integrationsstärkende Engagement der AWO und drückte seine Freude über die Eröffnung der neuen Einrichtung aus. Den anschließenden Grußworten folgte ein Gespräch zwischen Bürgermeister Dr. Sieling und dem Präsidiumsvorsitzenden Wilhelm Schmidt über aktuelle Themen wie Integration, den bremischen Pflēgetarifvertrag und dessen allgemeine Verbindlichkeit.

Bildnachweis:

Pexels.com: Seite 4

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr: Seite 6

bremenports GmbH & Co. KG : Seite 9

Senatspressestelle: Seiten 1, 2, 3, 8,9, 10, 11, 12, 13 ,14

Verantwortlich:
André Städler
Sprecher des Senats
Rathaus
Am Markt 21
28195 Bremen
Tel. (0421) 361 2396
E-Mail: buergermeister-
news@sk.bremen.de